

Haushalt / Finanzen

Vor Steuerschätzung nicht kapitulieren

Die aktuelle Steuerschätzung offenbart wie erwartet drastische Mindereinnahmen. Eine Kapitulation vor dieser absehbaren Entwicklung kann jedoch nicht in Frage kommen. Sie wäre grundfalsch. Am Ziel einer umfassenden Steuerreform mit weiteren Entlastungen für Bürger und Betriebe ist festzuhalten. Grundvoraussetzung für ihre Umsetzung ist eine neue, bürgerliche Regierung.

Bund, Länder und Gemeinden müssen bis 2013 mit voraussichtlich 316 Mrd. Euro weniger Steuern auskommen als noch im November angenommen – so die Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung. Allein für dieses Jahr werden die Steuereinnahmen um 45 Mrd. Euro niedriger ausfallen. Für den Bund beträgt das Minus 21,5 Mrd. Euro. Im nächsten Jahr summieren sich die Steuerausfälle für den Bund auf 41,1 Mrd. Euro.

Das Zahlenwerk ist alles andere als eine Überraschung. Die Mindereinnahmen resultieren aus der einbrechenden Konjunktur als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und aus den notwendigen und wachstumsstützenden Maßnahmenpaketen der unionsgeführten Regierungskoalition. Ohne diese alternativlosen Gegenmaßnahmen würde die wirtschaftliche Talfahrt wesentlich verschärft werden.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung dürfen keinen Anlass bieten, jetzt in eine Art Schockstarre zu verfallen. Die Konjunktur wird in der nächsten Legislaturperiode wieder anziehen. Dann sind auch Spielräume für Steuerentlastungen gegeben. Der Dreiklang von Schuldentilgung, Investitionen und Steuerentlastungen ist der einzig gangbare Weg, um aus der momentanen Rezession und Finanzkrise als Gewinner hervorzugehen. Insbesondere der Mittelstand und die Facharbeiter, die Leistungsträger unserer Gesellschaft, müssen

über Steuersenkungen entlastet werden.

Dabei geht es nicht um unerfüllbare Wahlversprechen, sondern um die Rückgabe von Steuernehmereinnahmen, die durch die sogenannte kalte Progression automatisch anfallen. Notwendig ist eine Stärkung der Leistungsbereitschaft der Bürger. Deshalb darf es nicht weiter tatenlos hingenommen werden, dass Lohnsteigerungen wegen des Verlaufs des Steuertarifs überproportional mit Steuern belastet werden. Der Fiskus darf nicht weiter als heimlicher Trittbrettfahrer geduldet werden.

Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen sind wichtige Anreize, um an die nachhaltige Aufschwungphase der letzten Jahre anknüpfen zu können. Es ist nur konsequent, den im Konjunkturpaket II eingeschlagenen Weg mit den dort verankerten Steuerentlastungen im Volumen von 9 Mrd. Euro in diesem und im nächsten Jahr fortzusetzen. Eine solche Steuerpolitik ist mit unserem Markenzeichen, der seriösen Haushaltspolitik, bestens vereinbar und finanzierbar. Die Entlastung der Bürger ist dringend notwendig. Private Haushalte müssen einkaufen und investieren können.

Die Steuerpolitik muss gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation als Stimulanzhebel genutzt werden. Unser Steuerkonzept zeigt hierfür einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg auf.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

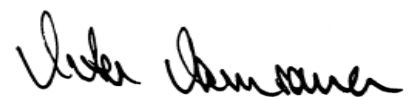
in gut einer Woche steht die Wahl des Bundespräsidenten an. Seit jeher hat diese Entscheidung eine wichtige Signalwirkung – in diesem Jahr in ganz besonderer Weise. Mit dem amtierenden Bundespräsidenten Horst Köhler unterstützen CSU und CDU einen Kandidaten, der sich durch sein hohes Engagement und seinen Einsatz für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in herausragender Weise Verdienste um die Demokratie und unser Land erworben hat. Dies spiegelt sich auch in seiner Popularität wieder: 76 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprechen sich dafür aus, dass Horst Köhler auch in den kommenden fünf Jahren unser Staatsoberhaupt bleibt.



Die SPD indessen ignoriert dieses eindeutige Votum - mehr noch: Mit ihrem Festhalten an Gesine Schwan als eigener Kandidatin setzt die SPD ein unübersehbares Signal. Sie offenbart, wie ernst es ihr ist mit ihrer gebetsmühlenartig wiederholten Absage an rot-rote Bündnisse im Bund. Denn ohne die Stimmen der Linkspartei hat Frau Schwan nicht die geringste Chance. Wenn die SPD bei der Wahl zum Bundespräsidenten ausdrücklich um die Stimmen der Linken wirbt, eine Zusammenarbeit nach der Bundestagswahl aber ausschließt, so ist dies alles andere als glaubwürdig.

Und ein zweites: Gerade in schwierigen Zeiten braucht unser Land eine Persönlichkeit an der Spitze, die wie Horst Köhler durch verantwortliches Handeln die Gesellschaft eint, Mut macht und Verlässlichkeit verkörpert. Wer wie Gesine Schwan angesichts der schwierigen Wirtschaftslage in schrillen Tönen eine „explosive Stimmung“ und eine „kulturelle Krise“ an die Wand malt, leistet diesen notwendigen gesellschaftlichen Beitrag gerade nicht.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Landwirtschaft

Unterstützung im Kampf für faire Milchpreise

„Im Kampf gegen den existenzgefährdenden Verfall der Milchpreise steht die CSU entschieden auf der Seite der Milchbauern,“ - dies versicherten Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Tags darauf CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer Bäuerinnen aus ganz Deutschland, die in dieser Woche in Berlin für die Einberufung eines EU-Milchkrisengipfels protestieren.

Die Wut der Milchbäuerinnen ist mehr als verständlich. Inzwischen haben erste Lebensmitteldiscounter ihre Milchpreise um weitere sieben Cent auf nunmehr 48 Cent pro Liter gesenkt. Der an die Bauern gezahlte Preis pro Liter sinkt inzwischen auf inakzeptable 20 Cent. Dabei wären ca. 40 Cent notwendig und angemessen, um die Existenz der Milchbetriebe zu sichern. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes brachen die Preise für Milchprodukte in diesem Jahr wieder drastisch ein, nachdem sie sich im letzten Jahr kurzfristig erholt hatten. Frische Vollmilch ist um 18%, Quark sogar um 24,9% billiger als im letzten Jahr.

Bundesministerin Ilse Aigner und Peter Ramsauer kündigten an, weiter an allen Fronten für die berechtigten Anliegen der Milchbauern zu kämpfen. So dürfe nichts unversucht gelassen werden, die Fehlentscheidung

des letzten EU-Agrargipfels zu revidieren. Gegen den entschiedenen Widerstand der deutschen Landwirtschaftsministerin hatte die Mehrheit



Dr. Peter Ramsauer und Hartmut Koschyk stellen sich den aufgebrachten Milchbäuerinnen

der EU-Agrarminister dort eine Rücknahme der Milchquotenerhöhung und damit gegen eine absehbare Ausweitung der Produktionsmengen gestimmt. Das Thema Milch muss in jedem Fall erneut auf die europäische Tagesordnung.

In die Pflicht genommen werden müssen vor allem auch die Lebensmittelwirtschaft und der Handel. Sie sind dringend aufgefordert, ihrer

Mitverantwortung für die Überlebensfähigkeit der Milcherzeuger gerecht zu werden. Die aktuellen Dumpingpreise bei Milch mögen manchen Verbraucher freuen. Sie gefährden aber die Existenz der Landwirte und bedrohen damit mittelfristig die Produktionsbasis. Folge einer Verdrängung der kleineren und mittleren Milchviehbetriebe wird eine zunehmende Monopolisierung sein, die zu höheren Preisen zum Nutzen Weniger und zu Qualitätseinbußen wegen mangelnden Wettbewerbs führen dürfte.

CSU-Landesgruppenchef Ramsauer bestärkte die protestierenden Bäuerinnen auch darin, die in bäuerlicher Hand befindlichen Molkereien zu einer noch engeren Zusammenarbeit zu bewegen. Dies ist wichtig, um ihre Marktmacht zu Gunsten fairer Preise zu bündeln und sich gegenüber dem Einzelhandel besser behaupten zu können. Immerhin sind gut 60 Prozent der Molkereien im Besitz landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Diese Woche

Haushalt / Finanzen
Vor Steuerschätzung nicht kapitulieren S. 1

Landwirtschaft
Unterstützung im Kampf für faire Milchpreise S. 2

Finanzen / Verbraucherschutz
Garantien für Spareinlagen verbessert S. 2

Zum 70. Geburtstag von Dr. Theo Waigel:
CSU-Landesgruppe gratuliert „ihrem Theo“ mit „Festschrift“ S. 3

Spätabtreibungen
Wichtige Verbesserungen beim Lebensschutz erreicht S. 4

Debatte „60 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“
Peter Ramsauer: „Das Grundgesetz hat unserem Patriotismus ein verlässliches und solides Fundament gegeben“ S. 5/6

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Finanzen / Verbraucherschutz

Garantien für Spareinlagen verbessert

Der Name des in dieser Woche verabschiedeten „Gesetzes zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes“ klingt wahrlich sperrig. Doch dahinter verbirgt sich für Millionen von klassischen Sparern eine wichtige Nachricht: Ihre Geldeinlagen – ob Sparbücher, Tagesgelder oder vergleichbare Finanzprodukte – werden noch sicherer. Um

verbreiteten Unsicherheiten im Zuge der Finanzmarktkrise zu begegnen, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits Anfang Oktober letzten Jahres eine Garantie-Erklärung für die Sicherheit von Spareinlagen abgegeben. Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz werden Anlegern darüber hinaus wichtige Rechte und zusätzliche Sicherheiten eingeräumt. So wird die gesetzliche Garantiesumme der Banken für Spareinlagen ab dem 30. Juni 2009 von derzeit 20.000 auf 50.000 € erhöht. Ab 2011 ist eine weitere Anhebung auf 100.000 € vorgesehen.

Zugleich werden die bei manchen Formen von Geldeinlagen gängigen Auszahlungsfristen auf höchstens 30 Arbeitstage verkürzt. Und: Die bisherige Verpflichtung des Sparer, sich an möglichen Verlusten der Geldeinlage mit bis zu 10 % beteiligen zu müssen, entfällt völlig.

Mit dem zunächst unscheinbaren Gesetz leistet die unionsgeführte Regierungskoalition einen weiteren Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in das deutsche Bank- und Wertpapierwesen.



v.l.n.r.: Hartmut Koschyk, Jean-Claude Juncker, Irene Epple-Waigel, Dr. Theo Waigel, Maybrit Illner und Dr. Peter Ramsauer



Zum 70. Geburtstag von Dr. Theo Waigel:

CSU-Landesgruppe gratuliert „ihrem Theo“ mit „Festschrift“

Im Rahmen einer Veranstaltung aus der Reihe „Dialog unter der Kuppel“ im Berliner Reichstagsgebäude gratulierte die CSU-Landesgruppe ihrem langjährigen Vorsitzenden, Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzenden auf das Herzlichste zum 70. Geburtstag. Gefolgt waren der Einladung über 200 namhafte Gäste aus der nationalen und internationalen Politik, Wirtschaft und Finanzwelt sowie persönliche Wegbegleiter des Jubilars.

In seiner Begrüßungsrede würdigte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Peter Ramsauer den Jubilar als einen der ganz Großen der CSU. In seinen sieben Jahren an der Spitze der Landesgruppe, neuneinhalb Jahren an der Spitze des Bundesfinanzministeriums und gleichzeitig zehn Jahren an der CSU-Spitze habe sich Theo Waigel zugleich um die deutsche Politik in herausragender Weise verdient gemacht.

Altkanzler Helmut Kohl sei völlig Recht zu geben, wenn er Theo Waigel als einen „Glücksfall für Deutschland und Europa“ bezeichne. Denn Theo Waigel habe entscheidend an zentralen Weichenstellungen der neueren deutschen und europäischen Geschichte mitgewirkt. Dabei gab es für die finanz- und währungs-



Besonderes Geschenk: Peter Ramsauer überreicht die Festschrift an Theo Waigel

politischen Herausforderungen, die er zu schultern hatte, keinerlei historischen Vorbilder. Als Beispiele führte Ramsauer die maßgeblich von Theo Waigel konzipierte deutsche Währungsunion, den deutsch-sowjetischen Überleitungsvertrag, den währungspolitischen Teil des europä-

ischen Vertragswerks von Maastricht mit der Einführung des Euro sowie den Europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt an.

Als besonderes Geschenk überreichte Peter Ramsauer dem Jubilar eine Festschrift mit dem Titel: „Weichenstellungen für Deutschland und Europa“ mit Beiträgen von Wegbegleitern aus der CSU, ehemaligen Kabinettskollegen und finanzpolitischen Beratern, Persönlichkeiten der internationalen Bühne sowie Vertretern der Geisteswelt aus Philosophie und Theologie. Ergänzt werden diese Beiträge durch Geleitworte von Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Stellvertretend für die vielen prominenten Autoren zitierte der Landesgruppenvorsitzende Reiner Kunze, sicher einen der bedeutendsten zeitgenössischen deutschen Lyriker: „Es ist ein Privileg, einen Menschen als Freund zu haben, bei dem einem nie der Gedanke käme, er könnte jemals korruptierbar gewesen sein. Es ist ein Privileg, mit einem Politiker befreundet zu sein, dem Skrupellosigkeit fremd ist. Es ist ein Privileg, dem Freund nach Jahren sagen zu können: Du warst immer glaubwürdig.“ Ein schöneres Kompliment könne man einem Politiker nicht machen, so Ramsauer.

In einer anschließenden Dreierunde gingen Theo Waigel, der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, sowie Moderatorin Maybrit Illner der Frage nach, welchen Stellenwert das Projekt Europa für die Menschen heute und in Zukunft hat und haben

sollte. Dabei zeichneten die beiden Freunde Jean-Claude Juncker und Theo Waigel, die über lange Jahre auf europäischer Ebene Seite an Seite um die richtigen Entscheidungen für



Jean-Claude Juncker, Theo Waigel und Maybrit Illner im Gespräch

Deutschland und Europa gerungen haben, die wesentlichen Stationen und Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte nach. Mit großer Ernsthaftigkeit, zugleich illustriert durch launige Anekdoten, ließen die beiden Politiker die enormen Hürden und Widerstände Revue passieren, die bei zentralen Entscheidungen etwa zur deutschen Einheit, der Euro-Einführung, dem EU-Stabilitätspakt und anderen Fragen zu nehmen waren. Theo Waigel appellierte dabei eindringlich an die junge Generation, sich stets bewusst zu sein, dass die europäische Einigung gerade für uns Deutsche das größte Friedenswerk darstellt, das es zu erhalten und zu sichern gilt.

Beim anschließenden Empfang an diesen hoch interessanten und durchaus kurzweiligen „Dialog unter der Kuppel“ hatten die Gäste der CSU-Landesgruppe ebenso Gelegenheit, alte Gesprächsfäden wieder aufzunehmen wie aktuelle Fragen zu erörtern.

Spätabtreibungen

Wichtige Verbesserungen beim Lebensschutz erreicht

Ruhiges Nachdenken und psychosoziale Beratung sind gerade für Schwangere von elementarer Bedeutung, die sich in schwierigen Konfliktsituationen befinden, weil ihnen in der vorgeburtlichen Diagnostik belastende Befunde zur Gesundheit ihres werdenden Kindes offenbart werden. Die nach langem Drängen vor allem aus der CSU-Landesgruppe jetzt mit deutlicher Mehrheit erzielte Neuregelung im Schwangerschaftskonfliktgesetz zu sogenannten Spätabtreibungen stärkt den Lebensschutz.

Der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Singhammer hatte sich jahrelang intensiv dafür eingesetzt, dass schwangeren Frauen in Konfliktsituationen mehr Beratung und Hilfe zuteil wird als bisher.

Das jetzt beschlossene Gesetz nimmt die Ärzte in die Pflicht, nach einer Diagnose, die einen Schwangerschaftsabbruch nach der zwölften Woche erlauben würde, die werdende Mutter ausführlich zu beraten. Zwischen Diagnose und der schriftlichen Feststellung einer Indikation zu einem Abbruch müssen künftig mindestens drei Tage liegen.

Diese Zeit soll für eine ausführliche psychosoziale Beratung der Mutter genutzt werden. Die bußgeldbewährte Beratungspflicht des Arztes darf nur aufgehoben werden, wenn akute Gefahr für das Leben der Mutter besteht.

Eine solche Beratungspflicht hatte es vorher nicht gegeben. Sie soll verhindern, dass Eltern im ersten Schock über die Diagnose eine Entscheidung gegen ein behindertes Kind treffen. Eltern, die erfahren, dass ihr Kind schwer krank oder behindert zur Welt kommt, brauchen breite gesellschaftliche Unterstützung. Die ratsuchenden Eltern werden künftig

von den Ärzten auf unabhängige Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen oder Betroffenenverbände hingewiesen. Die schützende Bedenkzeit von mindestens drei Tagen unterstützt die betroffenen Mütter und Väter dabei, in Ruhe ihre weiteren Handlungsschritte abwägen zu können.

Die neuen, maßgeblich von Unionspolitikern initiierten Regelungen wurden bei christlichen Verbänden positiv aufgenommen. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans-Joachim Meyer: „Dieser Beschluss wird dem Schutz des Lebens und dem Beistand der Eltern in ihrer Notsituation dienen.“

Telefon-Hotline am 26. Mai

„Vertrauen schaffen – für Stabilität und Arbeitsplätze“

Unter dem Motto „Ihr direkter Draht nach Berlin“ richteten die CSU-Bundestagsabgeordneten am Dienstag, den 26. Mai 2009, zum wiederholten Male eine Telefon-„Hotline“ ein. Nach dem überaus positiven Echo auf die vorangegangenen Telefon-Aktionen werden die Mitglieder der CSU-Landesgruppe erneut interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu allen aktuellen bundespolitischen Themen Rede und Antwort stehen.

Geschaltet ist die Telefon-„Hotline“ am **26. Mai** in der Zeit **zwischen 13.00 Uhr und 15.00 Uhr** unter der **Telefon-Nr.: 0800 - 0 91 55 22**. **Die Anrufe sind gebührenfrei.**

Ziel dieser Telefon-Aktion ist es, die Anrufer über die Arbeit und politischen Initiativen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu informieren.

Interessierte Bürger können ihre Fragen zu allen politischen Themen stellen. Jeder Anrufer findet ein offenes Ohr für sein politisches Anliegen.

Potenziale der Elektromobilität nutzbar machen



„Sprit“ aus der Steckdose: Peter Ramsauer und Hartmut Koschyk beim symbolischen „Betanken“ eines innovativen Elektro-Minis, der am Mittwoch in Berlin vorgestellt wurde.

Elektrische oder elektrisch unterstützte Antriebe wie Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge werden in den nächsten Jahren in Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen sowie Zweirädern immer breitere Anwendung finden. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Forschung und Entwicklung der damit verbundenen Technologien nachdrücklich. Elektrische oder elektrisch unterstützte Antriebsarten bieten große Potenziale bei der Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie der Reduzierung von Schadstoffen, CO₂-Emissionen und Lärm. Der Energiebedarf von Elektrofahrzeugen soll dabei weitgehend durch die Nutzung regenerativer Energiequellen gedeckt werden.

Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Um das zu erreichen, sind im Konjunkturpaket II für Forschung und Entwicklung für den Bereich Elektromobilität 500 Millionen Euro bereitgestellt worden. Damit sollen die Potenziale der Elektromobilität gezielt nutzbar gemacht werden. Der Elektromobilität kann die Zukunft gehören.

Debatte „60 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“

Peter Ramsauer: „Das Grundgesetz hat unserem Patriotismus ein verlässliches und solides Fundament gegeben“

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag im Rahmen einer ausführlichen Debatte das 60-jährige Bestehen des Grundgesetzes als herausragende Erfolgsgeschichte gewürdigt. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende bezeichnete das Grundgesetz als „Dokument des Glücks“, das in seiner Substanz immer unangetastet geblieben sei. Dies müsse auch so bleiben, betonte Peter Ramsauer.

Die Rede des CSU-Landesgruppenvorsitzendem im Wortlaut:

„Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

60 Jahre Grundgesetz, das ist für uns alle ein Grund zur Freude. Der Deutsche Bundestag hat - man kann sagen: partei- und fraktionsübergreifend - Grund zu dieser Freude. Wir sollten diesen Tag in Einigkeit und Dankbarkeit begehen.

Wir alle stehen mit unserer politischen Arbeit und mit unserer Politik insgesamt auf einem stabilen Fundament, das unser Land und unseren Staat 60 Jahre sicher getragen hat. Noch nie zuvor in der deutschen Geschichte konnten die Menschen unseres Landes eine so lange Periode der Stabilität und des Friedens genießen, wie sie unserer und der Generation unserer Eltern zuteil geworden ist. Die Männer und Frauen, die 1948 im Parlamentarischen Rat in Bonn mit ihrer Arbeit an einer Verfassung für einen damals noch nicht einmal in Umrissen erkennbaren neuen deutschen Staat begannen, hätten sich in ihren kühnsten Visionen gewiss nicht träumen lassen, welch ein Werk von Dauer und politischer Nachhaltigkeit sie schaffen würden.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist für das deutsche Volk zu einem Dokument des Glücks geworden. Auch wenn es in den sechs Jahrzehnten seiner Gültigkeit mancherlei Ergänzungen und Veränderungen erfahren hat, blieben sein Kern und seine Substanz immer unangetastet. Ich glaube, wir alle sind gut beraten, mit demokratischer Leidenschaft dafür zu sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Nicht Quantität, sondern Qualität zeichnet unsere Verfassung aus

Meine Fraktion erteilt allen Überlegungen, die dahin gehen, mit diffusen Begründungen grundsätzliche Veränderungen am Grundgesetz vorzunehmen und es sozusagen mit überflüssigen Zutaten zu befrachten, klipp und klar eine Absage.

Das Grundgesetz zog die Lehren aus den Schwächen der Weimarer Republik und stellte ein starkes und glaubwürdiges Kontrastprogramm zu jenen zwölf Jahren deutscher Geschichte und deutscher Politik dar, die aufgrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, des Krieges und

des Massenmords an den Juden in Deutschland und in Europa im bittersten Sinne des Wortes Jahre des Unheils waren. Franz-Josef Strauß hat die Wurzeln allen Übels dieser teuflischen Jahre im verhängnisvollen Abfall vom christlichen Sittengesetz und dessen Normen gesehen.



Peter Ramsauer im Bundestagsplenum

Der Aufbau eines neuen und demokratischen deutschen Staates, der mit unserem Grundgesetz seinen Anfang genommen hat, fand in einer Haltung und Gesinnung statt, die politisches Handeln anderen als nur menschlichen Maßstäben verantwortlich weiß.

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen. So beginnt die Präambel unseres Grundgesetzes. Damit wird eine Orientierung jenseits von politischem Angebot und politischer Nachfrage markiert, die wir alle brauchen und uns allen guttut.

Die Präambel der bayerischen Verfassung ist von einem Sozialdemokraten, dem unvergessenen Wilhelm Hoegner, im gleichen Geiste geschrieben worden: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern.“

Ich glaube, man kann den Irrwegen, auf die sich die deutsche Politik in den zwölf Jahren zwischen 1933 und 1945 begeben hat, keine feierlichere und beschwörendere Absage erteilen als die von Hoegner verfasste.

Grundgesetz hat der Politik klare Handlungsaufträge gegeben

Den vielleicht wichtigsten Auftrag haben wir erfüllt: die Einheit unseres Vaterlandes. Der Appell, der hierzu in der ursprünglichen Präambel stand, wurde durch den Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990 hinfällig. Er wurde nicht hinfällig, weil etwa das Grundgesetz, wie Sie, Herr Müntefering, neulich meinten, den Menschen in der ehemaligen DDR übergestülpt worden wäre. Herr Müntefering, nichts wurde übergestülpt. Vielmehr hat die letzte, frei gewählte Volkskammer der DDR den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und damit die Übernahme des Grundgesetzes für das ganze Deutschland

in Freiheit beschlossen. Ihr Parteifreund Richard Schröder hat Ihnen zu Recht entgegengehalten, dass den Menschen in der DDR dieser Beitritt damals gar nicht schnell genug gehen konnte.

Hände weg vom Namen der Bundesrepublik Deutschland und von einem überflüssigen Herumbasteln an unserem Grundgesetz! Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass Ergänzungen und Veränderungen nicht dort vorgenommen werden können oder auch müssen, wo dies zwingend erforderlich ist. Die Ergebnisse der Föderalismuskommission II sind ein Beispiel dafür. Auch hier sollte es mehr auf die Substanz als auf die Länge des zu ergänzenden Textes ankommen.

Natürlich darf ich einen persönlichen, gewissermaßen heimatlichen Bezug zum Anlass und Thema der heutigen Debatte nicht vergessen. Zu meinem Wahlkreis - Traunstein und das Berchtesgadener Land - gehört bekanntlich der Chiemsee. Auf einer Insel im Chiemsee wurde Verfassungsgeschichte geschrieben. Liebe Frau Kollegin Künast, es freut und erstaunt mich, dass ausgerechnet Sie auf den Geist von Herrenchiemsee hingewiesen haben.

Auf Einladung der auch damals schon CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung trat im Alten Schloss auf der Herreninsel ein Ausschuss von Bevollmächtigten der damals bestehenden elf deutschen Länder in den westlichen Besatzungszonen und des Magistrats von Berlin zusammen. Dieser Verfassungskonvent tagte vom 10. bis zum 23. August 1948. Er erstellte einen Bericht, der auch den Entwurf eines Grundgesetzes enthielt, der Grundlage der Arbeit des Parlamentarischen Rates wurde. So gesehen hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland durchaus auch bayerische Wurzeln.

CSU stellt sich seit je dem Auftrag der Verfassung

Eine Verfassung lebt vom Geist, von dem sie erfüllt ist, und wird lebendig durch die Politik, die auf ihrer Grundlage gemacht wird. Hier hat meine Partei in sechs Jahrzehnten des Bestehens des Grundgesetzes ihre politische Pflicht für das ganze Deutschland erfüllt. Wir haben - auch im Wechselspiel zwischen Regierungsverantwortung und Opposition - Verantwortung getragen, haben nicht nach Bequemlichkeit, sondern nach der Richtigkeit des zu beschreitenden Weges gefragt, in allen wichtigen, weichenstellenden Fragen unseres Landes.

Die politische Kompetenz einer Partei, die Richtigkeit ihres Kompasses und ihr Mut erweisen sich nicht nur in der Regierung, sondern natürlich auch in der Opposition. Die von Franz Josef Strauß durchgesetzte Klage des Freistaates Bayern zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Jahr 1973 war - das müssen wir auch und gerade am heutigen Tag im Rückblick sagen - ein deutschlandpolitischer Meilenstein.

Das Verfassungsgericht schob damals allen offenen und schleichenden Bestrebungen zur Anerkennung einer deutschen Zweistaatlichkeit oder einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft entschlossen einen Riegel vor. Meine Partei hat sich mit dieser Klage gegen den damaligen Zeitgeist gestellt. Sie hat den zum Sturm gewordenen Gegenwind der öffentlichen Meinung nicht gefürchtet. Sie hat es ausgehalten, dass die damalige Bundesregierung die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Frage regelrecht als Anschlag auf die Entspannungspolitik bezeichnete.

Wir haben uns davon nicht beirren lassen. Durch die Verfassungsklage meiner Partei wurde die deutsche Frage und damit das Tor zur deutschen Einheit offengehalten.

60 Jahre Grundgesetz - Jubiläum in schwieriger Zeit

Jammern hilft uns aber nicht weiter. Vielleicht hilft ein Blick zurück in jene Zeit, in der das Grundgesetz entstand und das politische Leben wieder begann. Halten wir uns die damalige Lage und die Lebensumstände der Menschen vor Augen - die Not und das Elend, den Trümmerhaufen, den Deutschland damals darstellte -, so können wir nur den Mut und die Tapferkeit sowie den Fleiß und den Willen unserer Eltern und Großeltern bewundern, anzupacken, aufzubauen und die Dinge zum Besseren zu wenden. Aus dieser Haltung, fernab von Resignation und Wehleidigkeit, gilt es auch heute zu lernen.

An dieser Stelle ist es angebracht - eine solche Bemerkung habe ich in dieser Debatte noch nicht gehört -, Dank zu sagen, Respekt zu zollen und Anerkennung zu leisten für die großartige Integrationsleistung und Aufbauarbeit, die Heimatvertriebene und Flüchtlinge in den Nachkriegsjahrzehnten geleistet haben.

Ohne diese großartige Aufbauleistung wäre Deutschland heute nicht das, was es ist. Ohne die Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950, diesem Verzicht auf Rache und Vergeltung, was eine großartige, friedensstiftende Leistung war und womit ein Zeichen gesetzt wurde, wäre auch Deutschland nicht das, was es heute ist.

Auf Stärken besinnen

Die Probleme sind groß, aber auch unsere Chancen sind groß. Geben wir unseren Stärken im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft Raum und Entfaltungsmöglichkeiten. Nur mit der bewährten Ordnung dieser sozialen Marktwirtschaft werden wir die gegenwärtige Wirtschaftskrise überwinden. Es sind falsche Propheten, die den Menschen jetzt Konzepte der Staats- und Zwangswirtschaft - ob sie nun Sozialismus oder Kommunismus heißen - als Ausweg einreden möchten; denn all diese Konzepte sind krachend gescheitert.

Ich glaube, ein lebendiger und selbstbewusster Patriotismus, wie er anderen Ländern der Welt immer schon ganz selbstverständlich zu eigen war, steht auch uns Deutschen, steht auch unserem Volk zu.

Gerade in diesen Krisenmonaten muss gelten: Wir stehen zusammen. Wir wollen unserem Land, unseren Bürgerinnen und Bürgern dienen. Linke Klassenkampfrhetorik ist von gestern. Die Bereitschaft zur Verantwortung für das Große und Ganze ist das Gebot der Stunde.

Wir Deutschen stehen zu unserem Land. Umfragen aus den letzten Tagen unterstreichen das. Wir Deutsche vertrauen auf unsere Leistungsbereitschaft, wir vertrauen auf unser Pflichtbewusstsein, und wir vertrauen auf unsere Weltoffenheit. Ich finde, das alles sind exzellente Grundlagen, um die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Das gemeinsame Vaterland verbindet zu gemeinsamer Anstrengung. Ich bin überzeugt: Das Grundgesetz hat unserem Patriotismus ein verlässliches und solides Fundament gegeben."